



Präsident Univ.-Prof. Dr.
Michael Enzinger

Sehr geehrte Frau

Bundesministerin Dr. Zadic, LL.M.!

Die Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs hat zuletzt scharf kritisiert, dass die Freien Berufe bei den Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem sogenannten Energiekostenzuschuss erheblich benachteiligt würden.

Ich wurde bereits von zahlreichen Vertretern der Rechtsanwaltschaft darauf hingewiesen, dass diese beabsichtigen, eine gleichheitswidrige Regelung vor dem Verfassungsgerichtshof zu bekämpfen. Da Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, als ehemaliges Mitglied der Rechtsanwaltskammer Wien und nunmehr als für die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zuständige Bundesministerin gefordert sind, auf eine Sanierung der problematischen Regelung hinzuwirken, ersuche ich um Darlegung, bis wann und wie die Reparatur der Maßnahmen der Bundesregierung erfolgen soll und wie Sie gedenken, die Nachteile der nun betroffenen Kolleginnen und Kollegen auszugleichen.

In Erwartung Ihrer geschätzten Rückäußerung verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung

Univ.-Prof. Dr. Michael ENZINGER

Präsident